

II-593 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

3.5.1967

251/A.B.

zu 219/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

des Bundesministers für Finanzen Dr. S c h m i t z
auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Oskar W e i h s und Ge-
nossen,
betreffend nichteingehaltene Zusage auf schriftliche Beantwortung einer An-
frage.

--- --

Mit Bezug auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Oskar Weihs und Genossen
vom 8. März 1967, Nr. 219/J⁴NR/67, betreffend die nichteingehaltene Zusage
auf schriftliche Beantwortung einer Anfrage, beehre ich mich mitzuteilen:

In der seinerzeitigen zweiten Zusatzfrage hat der Herr Abgeordnete Dok-
tor Oskar Weihs seine erste Zusatzfrage dahin gehend erläutert, daß er zum
Ausdruck bringen wollte, ob die zur Debatte stehenden Waffenkäufe im Inland
oder im Ausland finanziert worden sind. Ich habe darauf geantwortet, daß
ich nach der Ermächtigung im Bundesfinanzgesetz 1966 lediglich die Möglich-
keit hatte, diese Überschreitungsgenehmigungen für Lieferungen aus dem Aus-
land zu erteilen. Es konnte sohin mit Recht angenommen werden, daß durch die
Antwort auf die zweite Zusatzfrage eine schriftliche Antwort auf die erste
Zusatzfrage entbehrlich geworden ist.

Die Waffenkäufe in der Höhe von S 102,712.991,59 wurden durch eine am
12. August 1966 erfolgte Teilprolongierung von 4 Millionen US-Dollar
(S 103,280.000,-) der 5 %igen US-Kredite 1963 bis zum 12. Juli 1967 finan-
ziert. Der Zinssatz wurde mit 6 1/2 % p.a. festgesetzt.

Die weiters erwähnten Waffenkäufe in der Höhe von S 73,281.000 (genau
S 73,280.185,26) wurden durch den verbleibenden Kreditrest im Betrage von
S 567.008,41 aus der vorstehend genannten Kreditoperation sowie durch die
Begebung eines Bundesschatzwechsels der Republik Österreich im Betrage von
4 Millionen US-Dollar (S 103,280.000,-) am 28. Oktober 1966 finanziert. Die
Rückzahlung der 4 Millionen US-Dollar hat am 28. Jänner 1968 zu erfolgen.
Der Zinssatz beträgt 7 3/4 % p.a.

Über die Bezahlung der gegenständlichen Waffenkäufe durch das Bundes-
ministerium für Landesverteidigung liegen im Bundesministerium für Finanzen
Unterlagen nicht auf.

--- --